

MZ - Rh. Zig 13.04.2004

Verkehrsknotenpunkt soll breiter ausgebaut werden

Entwurf für Ecke Mainzer Straße/St.-Gereon-Straße im Nackenheimer Rat – Keine zusätzliche Kinderbetreuung am Nachmittag

NACKENHEIM. Der Nackenheimer Verkehrsknotenpunkt Mainzer Straße/St.-Gereon-Straße soll breiter umgestaltet werden als ursprünglich angedacht. Mit den Stimmen von CDU und FWG verabschiedete der Gemeinderat einen zweiten Entwurf des Umbauplans, der gegenüber der ersten Version Linksabbiegespuren aus beiden Richtungen und eine Fahrbahnbreite von 3,60 Meter vorsieht.

Probleme bereitet die Einmündung, weil eine Brombeerhecke auf der einen und

ein Parkplatz auf der anderen Seite die Übersicht stören. Zudem bilden im gesamten Bereich drei Zu- und Ausfahrten Gefahrenpunkte.

Nicht einverstanden war die SPD mit dem neuen Entwurf. „Das bringt keine Verbesserung, weiterhin gibt es eine Zufahrt im Kreuzungsbereich“, sagte Eva-Maria Scheib (SPD), die diese private Ein- und Ausfahrt als „Planungsfehler, der beseitigt werden muss“ ansieht. Auch Alfred Feist (CDU) erkannte keine optimale Lösung, „aber

er ist eine erhebliche Verbesserung für die, die aus dem Gewerbegebiet kommen“.

Ortsbürgermeister Bardo Kraus (CDU) hatte keine Hoffnung, die Situation dadurch zu entschärfen, dass die Einmündung direkt gegenüber der St.-Gereon-Straße nur noch als Zufahrt dient, die beiden weiter weg gelegenen als Ausfahrten. „Dafür müssten wir alle Anlieger unter einen Hut bringen.“ Besser sehe es mit der Finanzierung des Projektes aus: Die Kosten müsste fast ausschließlich das Straßen-

und Verkehrsamt tragen.

Die SPD scheiterte mit ihrem Antrag zur Kinderbetreuung. „Die ist nach 14 Uhr in Nackenheim ein Fremdwort“, kritisierte Maren Jensen (SPD) die Situation. Deshalb sollte die Gemeinde die Anzahl der Plätze in der Betreuenden Grundschule erhöhen und eine Hortgruppe einrichten. Die Sozialdemokraten sagen vor allem auf Grund der Entwicklung bei den Ganztagsplätzen in den Kindergärten Kapazitätsengpässe voraus. CDU und FWG folgten jedoch

Kraus' Einwand, dass die Gemeinde für die Grundschule nicht zuständig sei.

Die Gleichstellungsbeauftragte der VG, Christine Göth, berichtete von Verwaltungsplänen, per Containerlösung den Aufnahmestopp für die betreuten Plätze dauerhaft zu umgehen. Sie forderte, entgegen den Plänen von Verbandsbürgermeister Gerhard Krämer die Mietkosten nicht auf die Nackenheimer allein umzulegen. (gus)

► Diese Seite: Dumm gelaufen